



Plenarsitzung 11, 07.11.2012
TOP 1 – Haushalt, Einzelplan 10
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Seite 1 von 3

Rede von Simone Brand, MdL

Es gilt das gesprochene Wort

[Anrede]

Wenn ich mir die Politik des Ausschusses und ihres Ministeriums anschau, Herr Minister Remmel, fällt mir immer wieder die Geschichte vom Hasen und Igel ein. Man hetzt wie wild herum in kleinen und eiligen Schritten, aber der nächste Umwelt- oder Verbraucherskandal ist immer schon da. Vorausschauende und nachhaltige Politik sieht nach Meinung der Piraten deutlich anders aus.

Im Bereich des Umweltschutzes - also des Kernbereichs grüner Politik - sieht die Bilanz wirklich mager aus.

Ein tolles Beispiel für Bürgerferne und Umweltschädliche Politik ist doch die CO-Pipeline. Die Regierung hechelt hier den Wünschen der Bayer AG hinterher und genehmigt den Bau einer Pipeline, für die Bürger sogar enteignet werden mussten. Wegen angeblicher Gemeinnützigkeit.

Sie können doch nicht ernsthaft davon überrascht gewesen sein, dass die Bürger NRWs nicht davon begeistert sind. Trotz Allem werden Steuergelder für etliche Gerichtsverfahren, Gutachten und Expertenanhörungen in die Landschaft geblasen. Damit hätte man mit Sicherheit auch besseres machen können. Eine Bürgerbefragung zum Beispiel. Deshalb fordern wir Piraten diesem Treiben ein Ende zu setzen und den Bau der Pipeline verbindlich zu untersagen.

Aber das ist ja nicht die einzige Pipeline, die bei ihrem Ministerium für Überraschung sorgte. Völlig unvermittelt stellt man fest dass eine Kerosinpipeline der Firma Shell in Wesseling, die vor knapp 70 Jahren gebaut wurde, plötzlich nicht mehr hält. Eine Pipeline die mit Wissen und Genehmigung der Landesregierung unter dem sogenannten Bestandsschutz immer noch weiter betrieben werden darf.

Ich mag Seen ja wirklich gerne, aber muss es einer aus Kerosin sein?

Das nächste Umweltproblem dass dieser Regierung auf den Weg springen könnte, ist die Urananreicherungsanlage in Gronau, aber auch hier kommt die Landesregierung ja nicht voran. Es reicht nur für eine Absichtserklärung die Urananreicherung irgendwann mal zu beenden.



Ich hoffe nur, dass wir diesmal nicht erst eine Umweltkatastrophe brauchen bevor die Regierung verbindlich handelt. Daher fordern die Piraten eine rechtlich bindende Bundesratsinitiative um die Urananreicherung endlich zu stoppen.

In der Landwirtschaft sieht Ihre Politik auch nicht besser aus. Seit Jahren werden von Ihnen in erster Linie die Interessen von industriellen Tierhaltern, Fleischgroßhandel und Pharmaindustrie bedient.

Und was für eine Überraschung, taucht doch glatt der nächste Skandal auf. Wer könnte auch ahnen, dass wenn man Tiere massenhaft mit Antibiotika vollstopft und auf engstem Raum zusammenpfercht, es am Ende lauter neue Multiresistente Keime gibt.

Der Verbraucher steht wieder nur daneben und muss mit den Konsequenzen leben. Auch hier ist Ihre Politik von Nachhaltigkeit weit entfernt.

Seit zehn Jahren rennt diese Regierung jetzt dem Verfassungsziel eines guten Tierschutzes hinterher. Und was ist daraus geworden? Wieder einmal kann die Politik mit der Realität nicht mithalten.

In diesen zehn Jahren ist die Zahl der Tierversuche um eine Million gestiegen, die Novelle des Tierschutzgesetzes wird Stück für Stück von Frau Aigner wieder kassiert und in den Medien erfährt der Verbraucher von unwürdigen Zuständen in der Putenhaltung.

Ziele setzen reicht eben nicht. Man muss sie auch erreichen wollen.

Wie lange mag es wohl dauern, bis der nächste Skandal völlig überraschend auftritt? Ich weiß Herr Minister Rimmel, es muss sehr schwierig zu sein, in dieser Koalition grüne Politik zu machen. Ich versichere Ihnen aber: Sie können jederzeit mit der Unterstützung der Piraten rechnen wenn sie versuchen die Tierhaltungsbedingungen in der industriellen Landwirtschaft zu verbessern.

Der Verbraucherschutz ist ein weiterer Pfad, gepflastert mit guten Absichten. In ihrem Koalitionsvertrag verabreden sie, die Rechte der Verbraucher zu stärken. Aber wir wissen ja wie das mit guten Absichten ist.

Vor kurzem musste der erstaunte Bürger zur Kenntnis nehmen, dass 11.000 Menschen schwer erkranken, weil sie in ihren Schulen und Kitas mit verseuchten Erdbeeren aus China versorgt wurden. Man muss sich schon sehr wundern wenn man mit äußerst knappen Mitteln im Oktober möglichst billig einkauft, dass man dann keine Spitzenqualität bekommt. Dieser Kelch ist glücklicherweise an NRW vorbei gegangen. Wer jetzt aber glaubt es würde verbindliche Mindeststandards für die Verpflegung in Kantinen, Kitas und Schulen geben der irrt. Bestimmt machen Darmbakterien ja an der Grenze NRWs halt und werden uns nicht weiter belästigen.



Was stellen wir Piraten uns also unter guter, nachhaltiger und Bürgernaher Politik vor?

Lassen sie die 100 versprochenen Umweltüberwacher nicht nur ein Versprechen bleiben. Schaffen sie verbindlich mehr Sicherheit für Umwelt und Verbraucher.

Reden sie nicht nur über Verbraucherbildung, sondern tun sie auch was dafür. Gerne würden wir Piraten gemeinsam mit Ihnen einen Masterplan Verbraucherbildung entwickeln. Nur informierte Verbraucher können richtige Entscheidungen treffen.

Dem ungebremsten Einsatz von Medikamenten in der Landwirtschaft muss dringend Einhalt geboten werden. Das ist aber nur möglich, wenn NRW seine rückständige Politik im Bereich ökologischer Landwirtschaft überdenkt. Andere Bundesländer sind da schon viel weiter.

Die Lebensmittelüberwachung muss deutlich gestärkt werden. Eine flächendeckende Lebensmittelkontrolle in Zusammenhang mit klarer und übersichtlicher Kennzeichnung sorgt für mehr Sicherheit für den Verbraucher.

Proaktiver Verbraucherschutz muss zu einem Leitziel unserer Politik werden. Die Verankerung des Verbraucherschutzes in der Landesverfassung wäre ein gutes Zeichen in diese Richtung.

Und Tierschutz darf nicht nur ein Etikett sein. Lassen sie uns zeitnah ein gutes Verbandsklagerecht verabschieden, dass es Tierschutzverbänden ermöglicht, den unterbesetzten Behörden zu helfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Minister Remmel.

Die Landesregierung rennt wieder einmal so schnell sie nur kann. Kalt erwischt wird sie diesmal davon, dass Menschen doch tatsächlich älter werden und plötzlich und unvermittelt in Pension gehen.

So auch bei der Landwirtschaftskammer. Ja, Herr Remmel wir haben das noch nicht abgehakt – Wieder einmal muss die Landesregierung in die Steuereckste greifen und mit 10 Millionen Euro eine Finanzierungslücke stopfen. Eine Finanzlücke die nur dadurch auftaucht, weil sie sich von der Landwirtschaftskammer auf der Nase herumtanzen lassen.

Hören sie endlich auf, nur zu regieren. Verzichteten sie bitte auf kurzatmige Affektpolitik und lassen sie uns gemeinsam an Bürgernaher und vorausschauender Politik arbeiten.

Vielen Dank.